Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 8. Abendblatt. Sonnabend, den 5. Januar. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 4. Januar. Die Klagen und Protestationen, welche von vielen liberalen und demokratischen Blättern schon gegen das Normal-Budget des Parlaments vorgebracht werden, sind wieder einmal ein Beweis, wie tief die doktrinäre Verblendung im deutschen Liberalismus Wurzel gefaßt hat! Wenn man die zahlreichen Klagelieder über das angeblich intendirte Normal-Budget vor Augen hat, könnte man wirklich meinen, die Wohlfahrt der deutschen Nation wäre dadurch auf's Aeußerste gefährdet! Bei näherer und ruhiger Prüfung der Sache kommt man aber zu dem Resultat, daß die Aufnahme eines Normal-Budgets in den jetzt der Berathung unterliegenden Verfassungs-Entwurf nicht allein keine gefährliche Beschränkung der Parlamentsrechte enthält, sondern sogar unumgänglich nothwendig ist. Dem Reichstage soll bekanntlich ein von den betheiligten Regierungen vereinbarter Bundesverfassungs-Entwurf zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt werden. Wenn durch diese Verfassung nun auch Lasten und Verpflichtungen übernommen werden und die Regierungen im Voraus ihre Zustimmung dazu abgeben sollen, müssen dieselben doch auch vorher über die Höhe der Verpflichtungen sich vereinbaren und dazu eine Abschätzung der voraussichtlichen Lasten verlangen; diese ist eben in dem s. g. Normal-Budget vorgelegt. Tant de bruit pour une omelette! — „Tempora mutantur et nos mutamur in illis." Im Jahre nicht des Heils, sondern des Unheils 1848 sträubte sich die Demokratie heftig gegen die Zulassung der Staatsdiener zu einem Sitz im Parlament, und die größten Gefahren für die Volksfreiheit wurden in der Betheiligung dieses Elements an der Volksvertretung gefunden, so daß Zöpfl in seinem Staatsrecht Bd. II §. 353 sich gedrungen fühlte, die Partei der Beamten gegen dieses Mißtrauen der Demokratie zu ergreifen, wobei ihm freilich die Erfahrungen des letzten Decenniums nicht zur Seite standen, denn eine regierungsfeindliche Opposition der Beamten hielt er nicht für möglich. Heutzutage ist man zur entgegengesetzten Meinung gekommen, denn gerade die tendenziösen Gegner aller Regierungen sind es in erster Linie, welche für Zulassung der Staatsdiener als Parlamentsmitglieder plaidiren, weil sie davon eine Verstärkung der Opposition erwarten; vielen Anderen hängt wieder der echt deutsche Büreaukratismus so fest an, daß sie die Intelligenz als ausschließliche Domäne des Beamtenthums betrachten und den Grundsatz aufstellen: „ohne Beamte im Parlament keine Intelligenz im Parlament!"

Vom Grafen Bismarck wird erzählt, daß er vor dem Kriege der ausgesprochenen Befürchtung gegenüber: der preußischen Armee werde es im Kriege gegen Oesterreich an ebenbürtigen tüchtigen Generälen fehlen, geantwortet habe: „Lassen Sie den Krieg nur losbrechen, Sie sollen sehen, was wir für Generale haben!" So könnte man auch diejenigen, welche die Intelligenz ausschließlich im Beamtenstand suchen, auf einen praktischen Versuch hinweisen; die Erfahrung würde gewiß lehren, daß auch außerhalb der Beamtenkreise die Kultur fortgeschritten und genug Intelligenz zu finden sei, um aus unabhängigen Bürgern ein angesehenes, seiner Aufgabe vollkommen gewachsenes Parlament zu bilden; wenn dabei auch vielleicht etwas weniger Prinzipienreiterei und Rednerthum, dafür etwas mehr praktische Auffassung zur Geltung käme, so würde es gewiß kein Nachtheil für die Nation sein. Schon jetzt werden übrigens gewichtige Stimmen auch in liberalen Kreisen laut, welche sich einer Ausschließung der Beamten-Vertretung, in Anerkennung der vielen damit verbundenen Uebelstände, zuneigen, und es scheint, als ob eine unbefangene Prüfung dieser allerdings wichtigen Frage schon jetzt sich Bahn brechen wollte. Die heutige „Post" bringt eine sehr sachgemäße Beleuchtung dieser Frage, auch die „Spenersche", die „Magdeburger" und „Posener Ztg." besprechen dieselbe ohne Voreingenommenheit. — Von dem Finanzminister sind jetzt zur Regelung der Steuerverhältnisse in den neuen Provinzen Regierungs-Kommissare ernannt worden; für Kurhessen Regierungsrath Winicker, für Hannover Regierungsrath Sauerhering, für Nassau Regierungsrath Liebreich, für Schleswig-Holstein Regierungsrath Beckedorf. — Zur Erleichterung der Einstellung von Freiwilligen zum Miliärdienst sind die General-Kommando's ermächtigt worden, Abweichungen von den Vorschriften in einzelnen Fällen zu gestatten, soweit sich dieselben mit dem dienstlichen Interesse vereinbaren lassen.

Berlin, 4. Januar (Zeidl. Corr.) Die Verhandlungen wegen Feststellung der Verfassung des norddeutschen Bundes nehmen, wie es scheint, im Allgemeinen einen günstigen Verlauf, wenngleich von dieser und jener Seite noch mancherlei Desiderate, namentlich in Betreff der Militär-Verfassung hervortreten. Es darf erwartet werden, daß sich je länger desto mehr die Ueberzeugung Bahn brechen wird, daß die Begründung einer haltbaren Verfassung des norddeutschen Bundes weitaus mehr im Interesse der kleinen deutschen Staaten, als im speziellen Interesse Preußens liegt und daß die ersteren eine Garantie gegen die wachsende centralistische Tendenz der Gegenwart lediglich in einem ehrlichen und loyalen Anschluß an Preußen zu finden vermögen. Außerdem wird es voraussichtlich allen helleren Köpfen bereits klar geworden sein, daß die kleineren deutschen Fürsten eine Steigerung ihrer Bedeutung nur dadurch wiedergewinnen können, daß sie sich einem größeren Ganzen in der rechten Weise einzuordnen verstehen. Lord Derby und Lord Russell bedeuten unzweifelhaft in Europa und in der Welt mehr als gegenwärtig ein kleiner Fürst. Die Gründe dafür liegen auf der Hand und wir glauben uns nicht zu täuschen, daß schon heute Einer und der Andere zu der Erkenntniß gelangt ist, daß das Kommando eines preuß. Armee-Korps mehr reelle Bedeutung verleiht, als das Bespiegeln der eigenen vermeintlichen Souveränetät.

— Nach den uns zugehenden Nachrichten scheint die orientalische Frage größere Dimensionen anzunehmen, womit selbstredend indeß noch nicht gesagt sein soll, daß sie schon vor Beendigung der diesjährigen Welt-Ausstellung in Paris eine brennende werden dürfte. Jedenfalls steht so viel fest, daß die Veränderung des griechischen Kabinets in Athen im kriegerischen Sinne erfolgt ist und daß die Großmächte beginnen sich gegenseitig zu sondiren. In letzterer Hinsicht geht uns von kundiger Seite aus Dresden, wo man über die Pläne des österreichischen Kabinets gut unterrichtet zu sein pflegt, die Andeutung zu, daß in Wien an einer Allianz zwischen Italien und Griechenland gearbeitet werde, ein Bund, dem Oesterreich sodann in der Rolle einer Protektions-Macht beizutreten gedenke. Oesterreich sehe ein, daß es in seiner auswärtigen Politik sich nicht länger gegen die Folgerungen der Nationalitäten-Theorie sträuben dürfe und daß diese Theorie ihm Vortheile sichere, sobald es auf Grund derselben einerseits den Bestrebungen des Hellenismus Vorschub leiste, andererseits eine Allianz der beiden rührigsten mediteromischen Nationen, der Italiener und Griechen, begründe, welche es durch die Ueberlegenheit seiner Flotte an seine Interessen zu knüpfen gedenke. Jedenfalls sei man in Wien entschlossen, den Traditionen der Habsburgischen Politik, wenn auch nicht gänzlich den Rücken zu kehren, doch die Geltung derselben auf neuen Bahnen und mit modernen Mitteln durchzusetzen. Von Herrn v. Beust erzählt man sich in Dresden den Ausspruch, er wolle die Welt durch seine Dankbarkeit in Erstaunen setzen — in sofern er nämlich dafür dankbar sein müsse, daß der preußische Krieg den österreichischen Staat von überlieferten Maximen befreit und in den Stand gesetzt habe, vielseitiger in seinen Manövern zu sein. Der Dank des Hrn. v. Beust muß ja auch um so größer sein, weil er sicherlich ohne den Krieg nicht Minister in Wien geworden wäre.

— Gestern wurde im Staatsministerium eine Minister-Konferenz der Bevollmächtigten der Regierungen des norddeutschen Bundes abgehalten.

— In den diplomatischen Kreisen wird versichert, daß der Königl. Gesandte, Freiherr v. Canitz und Dallwig, bisher in Stuttgart, für den Gesandtschaftsposten in Madrid bestimmt sei.

— Die Königliche Regierung hat den Entschluß gefaßt, in Nassau das gegenwärtig noch bestehende Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden noch vor Einführung der preußischen Verfassung im Wege einer Königlichen Verordnung aufzuheben. Die Aufhebung soll gegen Entschädigung erfolgen, jedoch mit der Maßgabe, daß Fiskus, welcher der weitaus meistberechtigte ist, auf seine Entschädigung verzichtet und die Entschädigung der betheiligten Privatpersonen auf die Gesammtheit übernommeu wird. Die Einführung eines passenden Jagd-Polizei-Gesetzes bleibt vorbehalten.

— Zur Errichtung einer Kadetten-Anstalt in Plön (Holstein) ist der Major Debarres dorthin abgereist.

— Es bestätigt sich nicht, daß in der Stadt Kassel eine Kadetten-Anstalt gegründet werden soll; vielmehr ist die Stadt Rothenburg zu diesem Zwecke ausgewählt worden.

— Im Kultusministerium ist ein neues Reglement für die Prüfung der Kandidaten für das höhere Lehramt ausgearbeitet worden. Dasselbe ist bereits publizirt.

— Der, in Folge der Auflösung des holsteinschen Ober-Postamtes in Hamburg, dem preußischen Ober-Postamte daselbst seit dem 1. d. zugefallene postdienstliche Verkehr nach den Herzogthümern Schleswig-Holstein ist so erheblich, daß das Personal des letzeeren, welches durch Uebernahme des größten Theiles der Beamten des aufgelösten Amtes bereits verstärkt ist, für den vermehrten Geschäftsbetrieb dennoch nicht ausreicht. Auf telegraphische Requisition sind, wie die „Kr.-Ztg." hört, der Postrath Mießner und mehrere Beamte zur Aushülfe gestern Abend dorthin entsendet worden.

— Der Finanzminister hat, nach der „K. Ztg.", sämmtlichen Königlichen Regierungen mitgetheilt, daß die für das laufende Jahr in ihren bez. Verwaltungsbezirken zur Einkommensteuer veranlagten Offiziere, welche nach den neu erworbenen Landestheilen zum Eintritt in die neu gebildeten Regimenter u. s. w. abgegangen sind, eben so wie andere, nach den gedachten Landestheilen versetzte, bisher den älteren Provinzen angehörige aktive Beamte, auch fernerhin noch in dem letzten Garnison- bez. Wohnorte zur Einkommensteuer eingeschätzt werden und daselbst die Steuer entrichten müssen. Die neu erworbenen Landestheile sind ohne Rücksicht darauf, ob die gesetzliche Vereinigung mit der preußischen Monarchie bereits erfolgt ist, oder nicht, vorerst noch (den älteren Landestheilen gegenüber) hinsichtlich der direkten Besteuerung dem Auslande gleichzustellen. Denjenigen Offizieren und Beamten, welche bisher in einer mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt garnisonirt oder gewohnt haben, steht ein Anspruch auf die ihnen daselbst gewährte Mahl- und Schlachtsteuer-Vergütung von 20 Thlr. jährlich während ihres Aufenthaltes in den neu erworbenen Landestheilen nicht zu.

Hannover, 3. Januar. Die jüngeren Offiziere der früheren hannoverschen Armee, so weit es die Infanterie, Artillerie und Ingenieure betrifft, haben sich oder werden sich noch in den nächsten Tagen zum weitaus größten Theile zum Uebertritt in die preußische Armee melden. 16 junge Infanterie-Lieutenants sollen beschlossen haben, nicht überzutreten und ihr Heil in fremden Ländern zu versuchen, was ihnen, da sie weder besondere Kenntnisse noch nennenswerthes Vermögen besitzen, freilich sehr schwer fallen wird. Von den älteren Offizieren der Infanterie und Artillerie werden viele König Wilhelm den Eid leisten und sich zur Disposition stellen lassen, da sie dann die höheren preußischen Pensionssätze beziehen, die für einzelne ein Mehr von 400—700 Thaler jährlich ergeben. Die früheren hannoverschen Kavallerie-Offiziere haben sich zum größten Theile noch nicht entschlossen; diejenigen von ihnen, welche den Militärdienst nur ergriffen, um eine Reihe von Jahren angenehm zu verleben und sich dann auf die Güter zurückzuziehen, denken natürlich nicht an den Wiedereintritt.

Frankfurt, 2. Januar. In den hiesigen Feldlazarethen liegen noch circa 50 schwerverwundete Soldaten, Preußen und 4 Oestereicher, wovon heute wieder mehrere in die Heimath entlassen wurden. Die noch restirenden Verwundeten sollen bei der die nächste Woche bevorstehenden Auflösung des Spitals in den Langeschen Häusern in das Garnisons-Spital transferirt werden. Die Weihnachten gingen für die armen unglücklichen Soldaten nicht freudenlos vorüber, indem hiesige durch ihren Wohltbätigkeitssinn bekannte Bürger den Opfern des Krieges eine Bescheerung veranstalten. Die Geschenke, praktisch gewählt, waren reichlich ausgefallen, ein Soldat z. B. erhielt einen neuen mit den schönsten Kleidern und Leibzeug vollgepackten Koffer. Keiner verläßt die hiesige Stadt unbeschenkt.

Frankfurt a. M., 3. Januar. Aus dem Rechenschaftsbericht der hiesigen Sparkasse ersteht man, daß diese wohlthätige Anstalt vor und während der Juni- und Julitage sehr wegen Rückzahlungen bestürmt wurde, daß sie aber mit Geld gut gerüstet war und sich tapfer hielt, so daß, als die Kriegsgefahr vorüber war, alle zurückgezogenen Gelder wieder als neue Einlagen zu ihr zurückflossen.

— Der Kurfürst von Hessen ist zum Winteraufenthalt in unserer Stadt eingetroffen. Er wohnt vorerst noch im „Englischen Hof", bis das von ihm gekaufte Rothschild'sche Haus in der neuen Mainzerstraße für ihn vollständig eingerichtet ist.

Wiesbaden, 2. Januar. Die bevorstehende neue Organisation wird zunächst die Justiz von der Verwaltung in der untersten Instanz (bei den Aemtern) trennen. Die bisherigen 27 Aemter sollen als Justiz-Aemter bestehen bleiben, während die Verwaltung von neun Landräthen (je drei Aemter zu einem Landraths-Amte vereinigt) geführt würde. — Die aus den Altersklassen 1844 und 1845 zur Garde gezogenen Rekruten sind heute nach Berlin abgegangen.

Koburg, 2. Januar. Dem „N. K." wird von hier Folgendes mitgetheilt: Der Geh. Regierungsrath Sammer, früher in den Diensten des Erbprinzen von Augustenburg, wird dem Vernehmen nach Chef der Fideikommiß-Verwaltung des Herzogl. Sachsen-Koburg-Gothaschen Gesammthauses werden.

München, 2. Januar. Die „A. A. Ztg." erklärt, jetzt, nach erfolgter definitiver Ernennung des Fürsten von Hohenlohe zum Minister des Aeußern, in der Lage zu sein, nachstehende Mittheilungen über den Gang der vorher mit dem Fürsten gepflogenen Unterhandlungen zu machen. Im November 1866 erhielt der Fürst den ehrenvollen Auftrag, seine Ansicht über die Stellung Baierns in der deutschen Frage dem Könige darzulegen. Er that dies in einem Memorandum, welches, unter ausdrücklicher Verwahrung gegen bedingungslosen Eintritt in den Norddeutschen Bund, den Versuch befürwortete, ein Verfassungsbündniß mit Preußen anzubahnen. Der Fürst war unmittelbar darauf veranlaßt, sich in Familien-Angelegenheiten nach Schlesien und Polen zu begeben. Bei seiner Rückkehr, Mitte Dezembers, wurde ihm der Auftrag, sein Programm aufzustellen und einzureichen. Wenn dieses, nach Berathung mit einem Gesinnungsgenossen vom Fürsten am 17. Dezember 1866 formulirte Programm von der früher betonten Anbahnung eines Verfassungsbündnisses mit Preußen zur Zeit absieht, so war diese Aenderung nicht eine Konzession nach irgend welcher Seite, sondern sie war der ehrliche Ausdruck der in der Zwischenzeit erlangten Ueberzeugung von der momentanen Undurchführbarkeit dieses nach wie vor als wünschenswerth erklärten Schrittes. Ueber den Inhalt dieses einen und einzigen vom Fürsten eingereichten Programms erfährt die „A. A. Z." nur so viel, daß dasselbe die äußere und innere Politik umfaßt; bezüglich der ersteren verlangt es: Allianz Baierns und der südwestdeutschen Staaten mit Preußen und Stellung unter dessen Führung im Kriegsfall, unter Aufrechthaltung der baierischen Souveränetät — bezüglich der letzteren entsprechende Heeres-Organisation, Aufhebung der militärischen Aburtheilung gemeiner Vergehen und Verbrechen, Stellung des gesammten Sicherheitsdienstes unter die Verwaltung, energischen Angriff der Boden- und Handelskreditfrage, Erweiterung der Reichsrathskammer, endlich Regelung der Zuständigkeit des Ministerraths, zum Zweck der Ermöglichung eines einheitlichen Gesammt-Ministeriums.

Ausland.

Paris, 1. Januar. (Wes.-Ztg.) Hrn. v. Beust's Regiment in Oesterreich verspricht man hier nur noch sehr kurze Dauer. Manche meinen, er selbst habe eine Ahnung von seinem bevorstehenden totalen Ausgenutztsein und sehne sich im Stillen danach, seine Penaten wieder nach dem gemüthlichen Dresden hinüberzusiedeln. Wohlmeinende rathen ihm, damit nicht zu lange zu zögern. — Seitdem Kaiserin Eugenie ihr römisches Pilgerfahrtsprojekt hat zu Wasser werden sehen, hat sie an den Geheimrathssitzungen nicht mehr Theil genommen. Das Gerücht, daß die Reise nur vertagt sei, taucht übrigens wieder auf. — Durch Dekret im heutigen „Moniteur" werden vier Präfekten zur Disposition gestellt. Drei darunter scheinen in Ungnade gefallen zu sein; der vierte, Hr. v. Maupas, hat sich schon seit lange nach Paris in die Nähe des Kaisers zurückgesehnt, dem er bekanntlich beim Dezemberstaatsstreich gute Dienste leistete. — Fürst Czartoryski ist, nachdem er mit der polnischen Aristokratie in Galizien Raths gepflogen und mit ihr sein Herz an der Fata Morgana einer Restauration des Polenreiches durch einen Habsburgischen Erzherzog gelabt hat, in den Schooß der polnischen Emigration hierher zurückgekehrt. Rußland antwortet auf das österreichische Schönthun mit den Polen durch die Absteckung eines großen Lagers für 60 bis

70,000 Mann in der Nähe von Schitomir, nur einen Tagesmarsch von der galizischen Grenze.

Florenz, 31. Dezember. (N. A. Z.) Die Rede des Gr. Bismarck bildet augenblicklich das Thema unserer politischen Unterhaltungen. Die Journale jeglicher Parteifärbung bezeichnen dieselbe als einen für die politischen Beziehungen beider Länder sehr bedeutsamen Akt. Jene Kälte, welche zuweilen hier und da sich zeigte, wo der Einfluß Frankreichs prädominirt, hat jetzt einer sehr lebhaften Stimmung zu Gunsten der preußischen Allianz Platz gemacht. Namentlich bricht sich die Begeisterung für den Grafen Bismarck so allgemein und aus freiem Antriebe Bahn, daß deutlich daraus hervorgeht, bis zu welchem Grade der Ruf dieses hervorragenden Mannes die Vorurtheile besiegt und durch die Gewalt der Ueberzeugung gefesselt hat. Man kann daher jetzt schon konstatiren, daß die preußische Allianz in wenigen Tagen das ganze Terrain wieder gewonnen hat, welches ungerechtfertigte Ungeduld und übereilte Unklugheit hatten verlieren lassen. Man kann überdies sagen, daß man gegenwärtig in Florenz mehr preußisch wie französisch gesinnt ist.

Madrid. Die formelle Frage, um die es sich bei der Adresse der 35 Kortesmitglieder handelte, ist folgende: Die Verfassung von 1845 schreibt vor, daß die Kortes jedes Jahr einberufen und vier Monate beisammen bleiben sollen. Die letzten Kortes waren zwar vier Monate beisammen, aber sie datirten noch vom vorigen Jahre, da die Eröffnung derselben schon am 27. Dezember 1865 erfolgt war. In der Adresse nun protestirten die Unterzeichner gegen die verfassungswidrige Verschleppung der neuen Korteswahlen. Als Narvaez Kunde von der Adresse erhalten, ließ er in der Nacht vom 29. auf den 30. Dezember die Königin die Auflösung der Kortes und die Ausschreibung der neuen Wahlen auf den März dekretiren, um dadurch dem Lande zu dokumentiren, daß, was er thue, alles unter Mitwissenschaft der Monarchin selbst geschehe. In der Motivirung des Auflösungs-Dekretes spielt die Königin die streng verfassungstreue Herrscherin; sie klagt über die „wahrhaft abnormen Zustände"; sie behauptet auch, „die wesentlichsten Fundamente der spanischen politischen Gesellschaft seien stark angefressen". Die Regierung habe daher „die Verantwortlichkeit für Schritte von hoher Wichtigkeit übernehmen zu müssen geglaubt, und sie habe kein Bedenken getragen, da es sich um Aufrechterhaltung der Ordnung handle."

Petersburg. Zu der Pariser Welt-Ausstellung werden die Modelle von 8 Panzerschiffen eingesandt. 6 sind bereits fertig und 2 von der Fregatte „Sebastopol" und dem Klipper „Semtschug" sind noch in der Modell-Kammer des Marine-Ministeriums im Maaßstabe von 1/48 in Arbeit.

Warschau, 3. Januar. (N. A. Ztg.) Der Ukas Sr. Majestät des Kaisers, welcher die Entlassung des Fürsten Czerkaski auf dessen Verlangen ausspricht und in seiner Stelle den Geh. Rath von Braunschweig zum General-Direktor der Regierungs-Kommission des Innern und der geistlichen Angelegenheiten im Königreich Polen ernennt, ist publizirt, und dieser hohe Posten bereits von Herrn v. Braunschweig angetreten worden.

— Die Ankunft des Feldmarschall Grafen Berg soll nun sicher kommenden Freitag Nachmittag erfolgen, da die Abreise auf Donnerstag Mittag von St. Petersburg bestimmt ist. Seit heute werden dem Statthalter keine Papiere mehr von hier dorthin gesandt.

Bukarest, 3. Januar. Nach einem Telegramm der Wiener Blätter hat der Senat seine Adresse auf die Thronrede überreicht. Ihr Inhalt gleicht dem der Adresse der Deputirtenkammer und spricht die Hoffnungen des Senates für die Zukunft des Landes aus. Der Fürst dankte bei der Ueberreichung für die versprochene Unterstützung zur Regeneration des Landes, sowie für die Naturalisirung seines Vaters. — In Galacz sind der noch von der Regierung des Fürsten Kusa bestellte Kriegsdampfer und 4 Kanonenboote eingetroffen.

Pommern.

Stettin, 5. Januar. Nachdem Herr Professor Prutz in seinem dritten Vortrage, dem beizuwohnen wir durch die Erfüllung anderweiter Pflichten leider behindert waren, eine Darstellung der Wechselbeziehungen Deutschlands und Preußens bis in die ersten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts gegeben, schilderte derselbe in seinem gestrigen vierten Vortrage zunächst die dem 30jährigen Kriege vorangegangenen Reformationsverhältnisse mit spezieller Beziehung auf die Entstehung, die Bestrebungen, Ausdehnung und Thätigkeit des im Jahre 1540 vom Papste bestätigten Jesuitenordens, dem zuerst durch den Kaiser Ferdinand in Oesterreich eine Stätte bereitet wurde, von wo aus derselbe demnächst seine Wirksamkeit immer weiter entfaltete. Sodann der Entstehung des 30jährigen Krieges gedenkend, warf Redner einen Rückblick auf die Rolle, welche speziell die Kurmark Brandenburg während derselben gespielt. Jener hauptsächlich von Oesterreich und dem Hause Habsburg geschürte Krieg begann bekanntlich i. J. 1618, unmittelbar vor dem Regierungsantritte des schwachen, unentschlossenen und zur Behauptung des Ansehens Brandenburgs unter den damaligen schwierigen Verhältnissen durchaus nicht geeigneten Kurfürsten Georg Wilhelm (Sohn Johann Sigismund's). Es war denn auch natürlich, daß die brandenburgischen Waffen auf dem Felde gänzlich fehlten, wo die vieler anderer Nationen vertreten waren, obgleich Georg Wilhelm genügende persönliche und dynastische Interessen gehabt hätte, sich am Kampfe zu betheiligen. Er zog es indessen vor, sich die sogen. Politik der freien Hand zu bewahren. Dazu kam noch, daß als König Christian IV. von Dänemark freien Durchzug durch die Mark verlangte Georg Wilhelm dessen Gestattung verweigerte und auf den Rath des von ihm als Statthalter von Brandenburg eingesetzten katholischen und entschieden österreichisch-gesinnten Adam v. Schwarzenberg sogar den Schutz Oesterreichs anrief. Es rückten demzufolge auch bald Oesterreicher in die Mark ein, ließen sich aber auch sofort die dortigen Festungen übergeben und traten sehr bald überall als Herren des Landes auf. Im Jahre 1630 landete Gustav Adolph, Schwager Georg Wilhelms, vor Usedom und setzte es nach längerem Widerstreben des letzteren durch, daß ihm die Festungen Spandau und Küstrin eingeräumt wurden, außerdem mußte Brandenburg einen erheblichen laufenden Beitrag zu den Kriegskosten zahlen. So wurde die arme Mark in Folge der wirklich schmachvollen Stellung, welche Brandenburg unter den großartigen Verhältnissen der damaligen Zeit einnahm, von den verschiedensten Seiten total ausgepreßt und der Verheerung preisgegeben. Der Kurfürst selbst flüchtete, nachdem sich die Kaiserlichen i. J. 1638 nach dem Eindringen des schwedischen Generals Banner in die Mark aus derselben zurückgezogen, die Schweden auch 1639 die Neumark erobert hatten, nach Köngsberg i. Pr., wo er seine Tage, unbekümmert um die traurigen Verhältnisse seines Landes, im Wohlleben verbrachte, wogegen sein Rathgeber Schwarzenberg nach Peitz in Sicherheit ging. Georg Wilhelm starb im 21. Jahre seiner unglücklichen Regierung (1640) in Königsberg; ihm folgte in der Regierung sein einziger Sohn Friedrich Wilhelm (der große Kurfürst), welchem es vorbehalten war, ein Retter des im tiefsten Elende schwachtenden, verödeten und sich sogar theilweise in feindlichen Händen befindlichen Landes zu werden.

— Dem Rentier Silber auf Grünhof sind in den letzten Tagen des vorigen Monats aus einem verschlossenen Stalle mittelst Einsteigens in das offen gebliebene Fenster des letzteren verschiedene Gegenstände gestohlen worden, über deren Verbleib bisher nichts ermittelt ist.

— Bei einem hiesigen Fleischer wurde gestern die Ausgabe eines mit Quecksilber überzogenen Dreipfennigsstückes, welches in diesem Zustande mit dem auf der linken Seile befindlichen Gepräge eines Viergroschenstückes ziemliche Aehnlichkeit hat, für 5 Sgr. versucht, welcher Versuch aber mißlang, da die beabsichtigte Täuschung sofort entdeckt wurde. Es sollen übrigens neuerdings mehrfache derartige Experimente vorgekommen sein, was zur Vorsicht bei der Annahme von Geld ermahnt.

— Daß die erfolgte Aufhebung des städtischen Leihamtes für die weniger bemittelten Klassen unserer Einwohner doch mannigfache Verlegenheiten und Nachtheile mit sich führt, läßt sich nach den Erfahrungen, die seit jener Zeit vorliegen, entschieden nicht in Abrede stellen. Zwar besteht hier bekanntlich ein Privatleih-Institut, wir wollen auch gern glauben, daß dasselbe, schon im eigenen Interesse, der Noth Geldbedüftiger durch Annahme von Pfändern nach bester Möglichkeit abhilft, ob dadurch aber dem vorhandenen Bedürfniß wirklich genügt wird, wagen wir zu bezweifeln. Jedenfalls spricht die ganz außergewöhnliche Vermehrung der Zahl unserer sogenannten Althändler in neuerer Zeit in Verbindung mit den nicht unbedeutenden Geschäften derselben dafür, daß Mancher genöthigt ist, anstatt früher seine Sachen zu versetzen, dieselben jetzt in der Noth sofort zu verkaufen, wodurch sie also für ihn unwiederbringlich verloren gehen. Auf diese Weise ist eine schnelle Vermehrung des Proletariats unausbleiblich und haben wir wohl nicht nöthig, die daraus für die Allgemeinheit entspringenden Uebelstände noch näher zu berühren.

— Der frühere Wundarzt erster Klasse, Oparateur und Geburtshelfer W. Löwe zu Löcknitz ist als Doktor der Medizin, Chirurzie und Geburtshülfe promovirt.

— Auf der engeren Liste für den hiesigen Bürgermeisterposten befinden sich, wie verlautet, folgende Namen: Stadtrath Sternberg, Syndikus Giesebrecht, Kreisrichter Maibauer in Schivelbein, Kreisgerichtsrath Küster in Pyritz, Kreisrichter Hartmann in Demmin, Stadtrath Bohlmann in Frankfurt a. O. Landrath z. D. zur Megede, Bürgermeister Brüning zu Buxtehude.

— Das Verzeichniß der Mitglieder der hiesigen kaufmännischen Korporation für 1867 ist so eben ausgegeben worden. Von den Vorstehern der Korporation ist im Laufe des Jahres Herr Picht gestorben, und in dessen Stelle der bisherige Stellvertreter Herr Haker in das Vorsteheramt eingetreten. Die Zahl der Mitglieder betrug zu Anfang des Jahres 667, gegenwärtig 660, sie hat sich also um sieben verringert. Im Laufe des Jahres wurden 42 Mitglieder aufgenommen; durch den Tod schieden aus: die Herren L. W. Picht, E. C. F. Knoop, E. F. Lübke, E. H. Krüger, E. C. F. W. Stegemann, E. W. Scheibert, M. Moses, J. Dobrin, D. O. Braun, J. Garthe und der Makler E. L. Bethe.

— Die „B. B.-Z." schreibt: die Verhandlungen wegen Ausführung der Berlin-Stralsunder Bahn sind bis auf einen Punkt gediehen, daß wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen bestimmte Schritte zu erwarten stehen, welche dieses seit so unendlich langer Zeit ventilirte Projekt seiner Verwirklichung entgegenführen.

)(**Pyritz**, 4. Januar. In neuester Zeit haben sich hier mehrere mit der Tollwuth behaftete Hunde gezeigt. Ein junges Mädchen wurde von einem solchen Hunde angefallen, durch seinen Biß am Kopfe verletzt und ist in Folge dessen leider gestorben. — Wie wir erfahren, herrscht in der Umgegend von Bahn, namentlich in dem Dorfe Neuendorff, jetzt die Cholera und haben sich auch auf anderen Stellen die schwarzen Pocken gezeigt. Ebenso soll mehrfach unter Kindern Augenkrankheit grassiren.

Stadt-Theater.

Stettin, 5. Januar. „Othello", der Mohr von Venedig. Drama von Shakespeare. Es ist immerhin ein kühnes Unternehmen auf einer Provinzialbühne, wie Stettin sie besitzt, ein Shakespearesches Schauspiel aufzuführen; aber die gestrige Vorstellung zeigte, daß auch ein solcher Versuch recht wohl gelingen kann, wenn alle Kräfte zusammenwirken und sich Mühe geben. Die gestrige Vorstellung zählte trotz der Schwierigkeit der Aufgabe zu den besten der diesjährigen Saison. Vor allen gebührt Herrn Buchholz als Othello der Mohr von Venedig der erste Preis. Die Darstellnng war meisterhaft. Das den Mohren eigenthümliche Rollen der Augen, welches das Weiß der Augen so auffallend erscheinen läßt, das Hervortreten, ich möchte sagen, das Fletschen der Zähne, die Gluth der Empfindung, der Adel der Gesinnung, dann das allmählige Emporkeimen der Leidenschaft und ihr wilder, tigerartiger Ausbruch, alle diese verschiedenen Seiten, welche erst in ihrem Zusammenwirken den Charakter des Shakespeareschen Mohren ausmachen, fanden am gestrigen Abende ihre Darstellung und Einheit und erwarben dem Darsteller den rauschenden Beifall des Publikums. Dem Herrn Buchholz stand Hr. Schreiber als Lieutenant Cassio würdig zur Seite. Das Spiel war durchweg edel und aristokratisch, auch in der Betrunkenheit dem Charakter der Rolle getreu. Weniger hat uns Herr Bethge als Fähnrich Jago zugesagt. Das Spiel war, wie stets bei diesem Künstler, durchdacht; aber der Jago des Shakespeare war es unsrer Ansicht nach nicht, den der Künstler darstellte. Der Jago des Shakespeare ist ein derber Geselle, der sich in das Vertrauen seiner Kameraden durch Derbheit einzunisten weiß, und dann im Geheimen seine Netze auswirft, während der Jago des Herrn Bethge auch äußerlich den raffinirten Bösewicht darstellte, der seine Ränke auf der Stirne trug. Bei Shakespeare liegt die Einheit im Charakter des Jago tief innerlich in seiner gemeinen Hab- und Ehrsucht, die den sonst tapfern und derben Degen zu einem raffinirten Schurken macht, während äußerlich sich noch die alte Derbheit und frühere Offenheit zeigt, welche ihm das Vertrauen seiner Kameraden erworben hat. Von den Damen spielte Frl. Märtens die Desdemona mit Gemüth und Innigkeit; aber die Desdemona des Shakespeare war es nicht. Diese Desdemona ist die Tochter eines venetianischen Granden, voll Begeisterung und Liebe für die Heldennatur ihres Othello, aber auch voll Adel, Hoheit und Würde, die feine Dame der feinen Welt, die durch ihr feines Wesen, durch die Huld venetianischer Sitte, die Männer zu entzücken, durch die Gluth italienischer Liebe den Mohren zu bezaubern weiß. Dagegen zeigte uns Fräulein Märtens nur das Bild einer deutschen Frau, die voll Liebe zu ihrem Manne sich alles gefallen läßt, ohne Widerstand und ohne Würde. Fräulein Märtens hat demnach den Charakter der Desdemona verfehlt. So sehr wir die Leistungen der geehrten Künstlerin auf dem ihr zugehörigen Gebiete deutscher Frauen des Mittelstandes anerkennen, so müssen wir doch andererseits die Künstlerin warnen, sich nicht auf Gebiete zu versteigen, zu denen sie gar nicht paßt. Bereits mehrmals sind wir Frl. Märtens in neuester Zeit in großen tragischen Rollen begegnet, denen sie nicht gewachsen ist und welche sie nicht zu erfassen vermag. Die Darstellungen können denn natürlich die Zuschauer nicht befriedigen. Frl. Walden dagegen spielte die Emilie, die Frau des Jago, zu unserer Zufriedenheit. Die Haltung war edel, das Spiel lebendig und in dem letzten Akte ergreifend und zeigte, daß die Künstlerin die sonst undankbare Rolle durchdacht und richtig erfaßt hatte. Jedenfalls zeigt die geehrte Künstlerin für die Darstellung der Dame aus höheren Lebenskreisen viel mehr Anlage als Frl. Märtens und wünschen wir dieselbe auch einmal in einer größeren Rolle zu sehen.

Vermischtes.

Berlin. Die bekannte Berliner Droschkenkutscher-Brutalität hat am Mittwoch Abend in einem ihrer Vertreter eine empfindliche Züchtigung erhalten. Ein Herr, mit dem Abendzuge von Stettin kommend, findet, nachdem er einige Zeit in der Bahnhofsrestauration verweilt, keine Droschke mehr am Bahnhofe und muß deshalb eine solche in der nächsten Straße suchen. Er trifft auch alsbald eine Droschke und ruft dem Kutscher zu: „Nach dem niederschlesisch-märkischen Bahnhofe." Das mochte dem Rosselenker zu weit sein, und er gebrauchte deshalb ein beliebtes Manöver, peitscht auf sein Pferd los und fährt davon! Das verstand denn aber der pommersche Gast unrecht! Er eilt schnellfüßig der Droschke nach, erreicht sie und springt auf den Tritt. Der Kutscher ist so frech und schlägt mit der Peitsche hinter sich nach dem Herrn. In demselben Augenblicke empfängt er jedoch einen so riesenmäßigen Hieb mit der Reisetasche von diesem, daß er von seinem Bocke in den Rinnstein fliegt und dort besinnungslos liegen bleibt. Erst einige Minuten später fand man den bitter Bestraften, der noch jetzt krank darnieder liegt. Der rächende Pommer war natürlich verschwunden.

Neueste Nachrichten.

Wien, 4. Januar. Aus Bukarest wird vom heutigen Tage gemeldet: Das Gesammtministerium hat seine Entlassung gegeben. Fürst Carl nahm dieselbe an. Ein neues Kabinet ist noch nicht gebildet.

Wien, 4. Januar, Abends. Das „Neue Wiener Fremdenblatt" theilt mit, daß der Staatsminister v. Belcredi dem Kaiser einen Antrag vorgelegt habe, nach welchem allen Denjenigen, die wegen Preßvergehen oder Preßverbrechen verurtheilt und daher sowohl vom aktiven wie vom passiven Wahlrechte ausgeschlossen sind, die Rechtsfolgen nachgesehen werden sollrn.

Paris, 4. Januar, Nachmittags. Nach Berichten aus Madrid ist die Ruhe bisher nicht gestört worden.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Paris, 5. Januar. Das „Memorial diplomatique" meldet: Freiherr v. Beust hat den Mächten vorgeschlagen, den Eventualitäten im Orient durch ein vorläufiges Gesammt-Einvernehmen zu begegnen, damit keine Macht versuche, den ausschließlichen Nutzen, der aus den Verwickelungen für sie hervorgehen könnte, auszubeuten.

Börsen-Berichte.

Stettin, 5. Januar. Witterung: klar und schön. Temperatur — 3°, Morgens — 8° R. Wind: W.

An der Börse.

Weizen steigend bezahlt, loco pr. 85pfd. gelber 79—88 Rt. bez., feiner 89 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 90 Rt. bez. u. Br. (gestern Nachmittag 88¼, 89 Rt. bez.), Mai-Juni 90 Rt. bez. u. Br.

Roggen anfangs steigend bezahlt, schließt matter, pr. 2000 Pfd. loco 55½—57 Rt. bez., Januar 56 Rt. Br., Frühjahr 55½, 56¼, 57, 56½ Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni 56, 57¼ Rt. bez., 57 Rt. Br. u. Gd., Juni-Juli 56¾, 57½ Rt. bez., 57¼ Rt. Br.

Gerste loco pr. 70pfd. 47—50 Rt. bez., 69—70pfd. Frühjahr 48¾ Rt. Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—30 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 31½ Rt. Gd., 31, 31½ bez., 32 Rt. Br.

Erbsen loco Futter- 54—56 Rt. bez., Koch- 57—58½ Rt. bez., Frühjahr Futter- 58 Rt. bez.

Rüböl behauptet, loco 11¾ Rt. bez., 12 Rt. Br., Januar 11¾ Rt. Br., 11⅔ Rt. bez., April-Mai 12 1/12, ⅙ Rt. bez., Br. u. Gd., September-Oktober 12½ Rt. Br.

Spiritus höher, loco ohne Faß 16 Rt. bez., Januar-Februar 16, 16⅙ Rt. bez., Frühjahr 16¾, ⅚ Rt. bez., Mai-Juni 17 Rt. bez.

Angemeldet: 200 Wspl. Roggen, 400 Ctr. Rüböl.

Landmarkt.

Weizen 80—89 Rt., Roggen 55—58 Rt., Gerste 45—49 Rt., Erbsen 54—60 Rt. per 25 Schffl., Hafer 28—30 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15—25 Sgr.

Berlin, 5. Januar, 1 Uhr 57 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84¾ bez. Staats-Anleihe 4½ % 98¼ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 134½ bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 94½ bez. Oesterr. National-Anleihe 52⅛ bez. Pomm. Pfandbriefe 89 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 174½ bez. Wien 2 Mt. 76½ bez. London 3 Mt. 6. 21¾ bez. Paris 2 Mt. 80½ bez. Hamburg 2 Mt. 151 bez. Mecklenb. Eisenbahn-Aktien 78¾ Br. Ruff. Prämien-Anleihe 93 bez. Russ. Banknoten 81¾ bez. Amerikaner 6% 77½ bez.

Roggen Januar 57½ bez., 58 Gd., Januar-Februar 57 bez., 57¾ Gd., Frühjahr 56¾, 57¾ bez. Rüböl loco 12⅙ bez., Januar 12 Br., 11 11/12 bez., Januar-Februar 12 Br., April-Mai 12⅙ Br., ⅛ Gd. Spiritus loco 16⅞ bez., Januar-Februar 16 7/12, 23/24 bez., Februar-März 17½ Br., 17 Gd., April-Mai 17⅛, ½ bez.